RUSSLAND-SANKTIONEN Die Liste der meistbetroffenen österreichischen Firmen

ÖSTERREICHS MAGAZIN FÜR WIRTSCHAFT, GELD & POLITIK

FORMAT

NR. 37
12. SEPTEMBER 2014
3,50 EURO
www.format.at

Pb b. GZ 02Z032103 W,
Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H.,
Taborstraße 1-3, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien,
Deutschland, Italien € 3,80

DIE SOZIALSTAAT LÜGE

DIE NEUE FORMAT-SERIE
Warum unserem Wohlfahrtsstaat in zehn Jahren der Kollaps droht.

BRÜCHIGER SOZIALER FRIEDE
Jugend ohne Jobs, hohe Pensionslasten und überholte Privilegien als größtes Problem.

DIE ZUKUNFT
Forscher Bernd Marin und zwölf Topexperten sagen, wie die Katastrophe zu verhindern ist.

STARÖKONOM GOTTFRIED HABER Der Mann, der fast Finanzminister wurde

ZALANDO Porträt der Samwer-Brüder – die härteste Gang im Onlinebusiness

EDITORIAL

Neue FORMAT-Serie: Die bröckelige Zukunft des Sozialstaats

Andreas Weber, Chefredakteur

Die Idee zur Serie entstand in einem Gespräch mit dem klugen **Dietmar Ecker**, Chef einer der größten Kommunikationsagenturen Österreichs: „Ein Wahnsinn, über welche Schätze an Daten dieser Mann mit seinem Institut verfügt." Gemeint war der aus Print und Fernsehen bekannte Wiener Sozialforscher **Bernd Marin**, der dieser Tage mit seinem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung das 40-jährige Bestehen feiert. Nach einigen Treffen mit Marin und Ecker war rasch klar: FORMAT nimmt das Jubiläum zum Anlass, eine fünfteilige Serie über die bröckelige Zukunft des Wohlfahrtsstaats zu verfassen. In Zusammenarbeit mit Marin werden in den nächsten Wochen rund ein Dutzend Topexperten aus ganz Europa erklären, warum das österreichische und auch europäische Modell in zehn Jahren kollabieren könnte, wenn nicht Reformen eingeleitet werden. Verfassen und gestalteten werden die Serie **Martina Bachler** und **Miriam Koch**. Ihre Einleitungstory beginnt auf Seite 38, ein Essay von Bernd Marin auf Seite 42.

Sozialforscher Bernd Marin mit Serien-Autorinnen Martina Bachler und Miriam Koch (M.).

Viel Vergnügen mit dem neuen FORMAT

weber.andreas@format.at

DIE SOZIALSTAAT LÜGE

Die öffentliche Hand gewährt den Österreichern mehr Unterstützung, als sie sich eigentlich leisten kann. In zehn Jahren, so sagen Experten, wird das System kollabieren, sofern es nicht zu radikalen Änderungen kommt. Doch die will keiner so recht in Angriff nehmen.

Von Martina Bachler und Miriam Koch

Wer eine Babysitterin braucht, kann im Moment Sabine F. fragen. Sie hat ein fertiges Lehramtsstudium, ein paar Jahre Berufserfahrung und ist seit Beginn des neuen Schuljahres im Krankenstand. Ein halbes oder ein ganzes Jahr will sie sich nun erholen. Sie war gemobbt wurden, bis es ihr zuviel wurde. „Bei der Gewerkschaft werde ich mich erkundigen, was ich tun muss, damit ich nicht gekündigt werden kann", erzählt sie. Große Sorgen macht sie sich für ihre Auszeit keine, das Geld der Krankenkasse reicht.

Auch vielen anderen Menschen in Österreich geht es zwar nicht ausgezeichnet, aber doch verhältnismäßig gut. Wirtschaftskrise hin oder her: Manche erlitten zwar durch Kurzarbeit Lohneinbußen, manche mussten früher als geplant in Pension gehen, manche waren ein paar Monate, in denen sie keinen Job hatten, finanziell wieder von ihrer Familie abhängig. Im Großen und Ganzen ist die Krise hierzulande zwar nicht ohne Folgen geblieben, mit den Umständen in Südeuropa oder Irland ist sie aber nicht zu vergleichen: auch weil das soziale Netz nach wie vor hält.

Sechs Jahre nach dem Ausbruch der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist allerdings klar: Der Herbst 2008 setzte eine Zäsur. Es gibt ein Davor – die Boomzeit der Nullerjahre – und ein Danach. Während in den USA der Aufschwung einsetzt und auch die Schwellenländer sich trotz einiger Dellen gut entwickeln, steckt Europa weiterhin im Danach fest: kaum Wirtschaftswachstum, hohe Schulden, hohe und teils wie in Österreich weiter steigende Arbeitslosigkeit. Quer durch die Europäische Union sparen Staaten, weil sie ihre Schuldenstände abbauen müssen, Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück. Sie sind sich nach wie vor nicht sicher, was die Zukunft bringen wird. Unabhängig von diesem Ausnahmezustand haben sich ein paar Entwicklungen fortgesetzt: die Globalisierung mit ihrem Standortwettbewerb und unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen, von denen die Alterung der westlichen Gesellschaft gerade Europa zu schaffen macht. Immer mehr ältere Menschen stehen hier immer weniger jüngeren gegenüber.

Was das für das Pensionssystem bedeutet, ist längst bekannt: Es wird sich irgendwann nicht mehr ausgehen. Das Gleiche wird etwa auch für die Pflege befürchtet. Kurz: Der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, steht unter Druck. Die schwache Wirtschaftsentwicklung verschärft ihn, denn Löcher können nicht mehr einfach durch mehr Steuereinnahmen gestopft werden. „Spätestens 2025 wird es zum Zusammenbruch kommen, wenn es keine Änderungen gibt", meint Sozialforscher Bernd Marin.

35 Jahre
verbringen die Österreicher im Arbeitsleben, 48 Jahre hingegen in Kindheit, Ausbildung und Pension. 1970 kam ein Österreicher noch auf 43 Arbeits- und 34 Nichtarbeitsjahre.

90 Prozent
der Österreicher gehen vor dem 65. Geburtstag in Pension, nur zehn Prozent mit 65 oder danach.

Wohlfahrt als Droge. Die großen demografischen Veränderungen haben das eingeführte System der Umverteilung – von Jung zu Alt, von Gesund zu Krank, von Erwerbsfähig zu Erwerbslos – aus dem Gleichgewicht gebracht. Ein neues, das diese Entwicklung mittragen kann und gesellschaftliche Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung in einer guten Balance hält, muss erst gefunden werden.

In einer Serie widmet sich FORMAT deshalb in den kommenden Wochen den wichtigsten Fragen betreffend Sozialstaat: der Arbeits- und Erwerbslosigkeit, der Gerechtigkeit zwischen >

FORMAT SERIE

Teil 1: Der Wohlfahrtsstaat, seine Probleme in Österreich und in Europa und wo es Vorbilder gibt.

Teil 2: Arbeits- und Erwerbslosigkeit. 27 Mio. Europäer sind ohne Job – wie lässt sich das ändern? Am 19.9.

Teil 3: Gerechtigkeit. Über Fairness zwischen den Geschlechtern und Generationen. Am 26.9.

Teil 4: Pflege und Alter. Wer pflegt mich, wer zahlt das? Und wann ist man wirklich „alt"? Am 3.10.

Teil 5: Szenarien. Wächst Europa zusammen oder driftet es auseinander? Wer migriert wohin? Am 10.10.

> den Generationen (Pensionen) sowie Arm und Reich, den Herausforderungen von Alter und Pflege sowie möglichen Zukunftszenarien für Europa.

„Der Druck auf den Wohlfahrtsstaat ist viel größer, als die meisten das wahrnehmen", meint der bekannte Ökonom Dennis Snower, Chef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (siehe Interview Seite 46). Denn Probleme gibt es auf allen Ebenen, und sie hängen zusammen: Die Bürger sind mit dem großen Umverteiler Staat immer weniger zufrieden, die Politiker wiederum haben angesichts der knappen Budgets kaum noch Spielraum. Zudem bringt der Sozialstaat ein Dauerdilemma mit sich: Er muss Löcher schließen, die er selbst geschaffen hat – und wird deshalb umso lückenhafter.

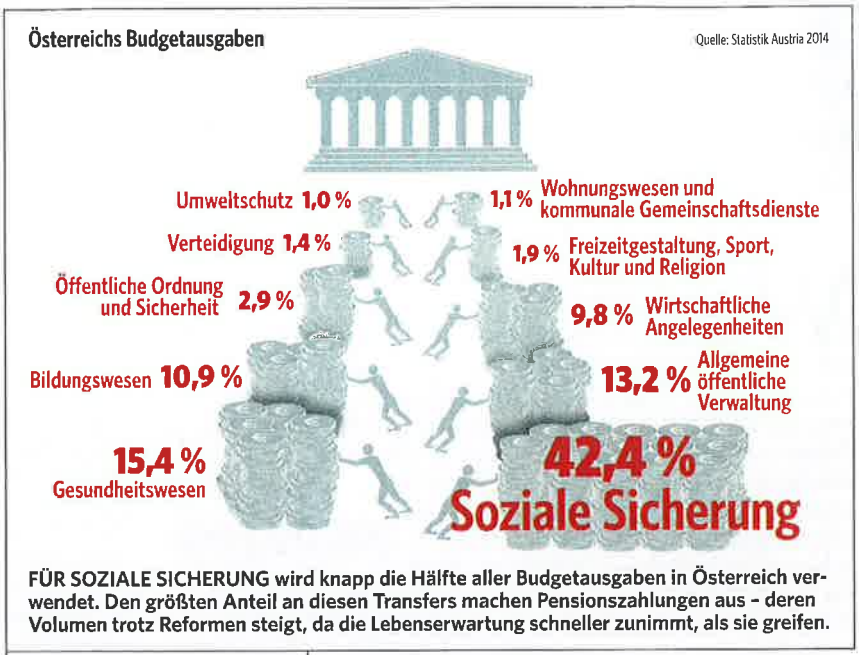
Die Folge: Ein Gewirr aus Umverteilungen, Anspruchsvoraussetzungen, Ausnahmeregelungen, unzählige Abhängigkeiten. Muhammad Yunus, der 2006 den Friedensnobelpreis bekam, verglich die Sozialleistungen in Europa kürzlich mit Drogen. Sie würden die Betroffenen süchtig machen, jeder Entzug sei schwierig. Zudem nehme man Arbeitslosen durch die Überweisung von Arbeitslosengeld die Würde, glaubt der aus Bangladesch stammende Ökonom.

Marotten des Systems. Darüber, dass Änderungsbedarf im Sozialsystem besteht, herrscht landauf, landab Einigkeit. Genauso wie darüber, dass den sozial Schwächsten geholfen werden soll. Fast jeder kennt in seinem Bekanntenkreis aber jemanden wie die Babysitterin Sabine F., die mit der Erklärung „Ich bin doch nicht deppert" so lange als möglich im Krankenstand bleibt oder früher als nötig in Pension geht, um ihr Einkommen und ihre Lebensqualität zu optimieren. Freiwillig auf eine Leistung des Staates zu verzichten, kommt den wenigsten in den Sinn. Droht Kürzung, werden sogar in der aktuellen budgetären Lage Luxuspensionen eingeklagt.

Dass in dem momentanen System etwas nicht stimmt, zeigt sich auch an dem Paradoxon, dass die Steuereinnahmen des Staates steigen können – und gleichzeitig die Armut zunimmt. Will man mehr Wahrheit im Sozialsystem, müssten die Aufwendungen und Leistungen in ihrer Gesamtheit auf den Tisch: Ein Sozialtransfer-Transparenzkonto wäre ein Schritt dazu, doch Österreich ist hier nach ein paar Debatten 2010 nicht wirklich weitergekommen. Noch immer zahlen unterschiedliche Stellen unterschiedliche Beiträge nach unterschiedlichen Kriterien aus. Österreich kennt 300 Steuergesetze und 800 unterschiedliche Gruppen im Sozialversicherungsgesetz, man versucht, jede Lebenssituation und jedes Sonderbedürfnis zu berücksichtigen. Das könnte man einfacher haben. Vielleicht wäre das dann, wenn es nicht nur darum geht, sich die günstigsten Konstruktionen rauszupicken, sogar fairer.

Ein Umdenken müsste nach Ansicht vieler auch in der Wahrnehmung von Alter stattfinden. Mit 60 Jahren ist man heute nicht mehr alt, immerhin liegen im Durchschnitt noch 23 Lebensjahre vor einem. Für den Großteil der Österreicher allerdings ohne Arbeit, aber auf Kosten der Nachfolgegenerationen. Schon entfallen 67 Prozent aller Sozialtransfers auf Pensionen, Tendenz stark steigend: „Die alterungsbedingten Kosten werden bis 2030 rund das Zwanzigfache jener von Finanzcrash und weltweiter Rezession ausmachen", so Marin (siehe Essay ab Seite 42).

Eine weitere dringende Herausforderung stellt in Österreich wie in Gesamteuropa der Arbeitsmarkt dar: Hohe Arbeitslosigkeit kann zu einer Gefahr für den inneren Frieden werden. Speziell die hohe Jugendarbeitslosigkeit lässt verschiedene Experten davor warnen, dass eine „Generation Hoffnungslos" entsteht: Aus vielen Studien geht schließlich hervor, dass sich frühe Arbeitslosigkeit negativ auf das spätere Erwerbsleben auswirkt. Die Jungen verdienen dann laufend weniger, sind häufiger arbeitslos. Ihr Potenzial wird bei Weitem nicht ausgeschöpft. Nur: Wo soll neue Arbeit herkommen? Schon für diejenigen,



FÜR SOZIALE SICHERUNG wird knapp die Hälfte aller Budgetausgaben in Österreich verwendet. Den größten Anteil an diesen Transfers machen Pensionszahlungen aus – deren Volumen trotz Reformen steigt, da die Lebenserwartung schneller zunimmt, als sie greifen.

1889
wurde in Österreich erstmals eine Sozialversicherung im heutigen Sinne gegründet, gesetzlich wurden Arbeiter kranken- und unfallversichert.

400.000 Euro
erhält ein Beamter, der in Pension geht, derzeit an Zuschüssen aus den öffentlichen Kassen. Ein ASVG-Angestellter bekommt 100.000 Euro.

die aktiv Arbeit suchen, sind momentan zu wenige Jobs vorhanden. Die EU hat sich aber eigentlich vorgenommen, mehr Menschen bis zum Alter von 64 Jahren in die Erwerbsarbeit zu bringen, also zu Beitragszahlern zu machen, und nicht nur zu Empfängern. Rund 100 Millionen EU-Europäer sind aber momentan erwerbslos, stehen dem Arbeitsmarkt also gar nicht erst zur Verfügung.

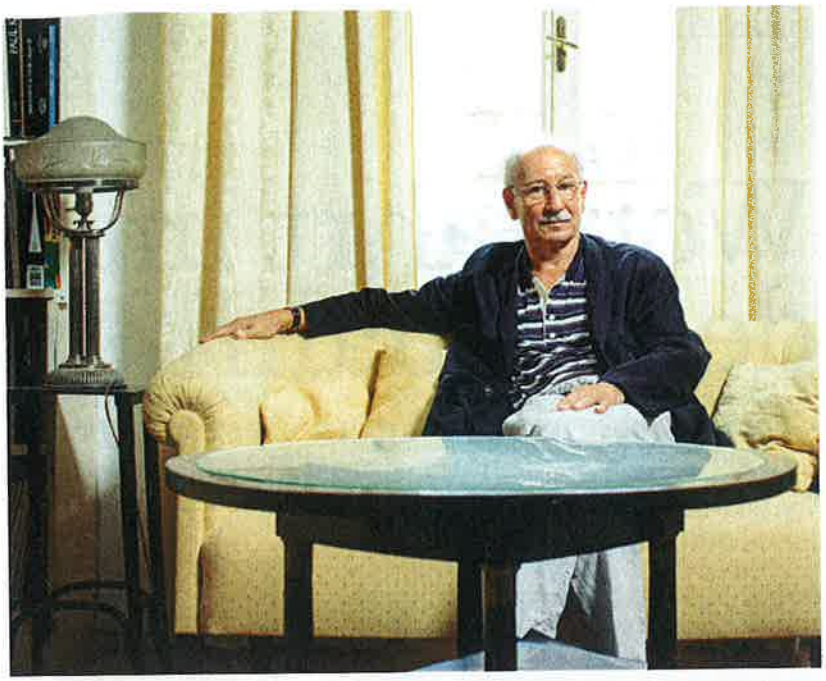
Die Angst vor dem „schlanken" Staat. Doch all die Bevölkerungspyramiden, all die Prognosen und all die schon vorhandenen Beweise haben bisher nur vereinzelt zu Veränderungen geführt. Die Angst davor, dass Einzelne und Gruppen in Zukunft zu kurz kommen, ist hoch – und politisch heikel. Einen „schlanken Staat" könnten sich nur Reiche leisten, heißt es etwa im Leseheft „Warum wir den Sozialstaat brauchen" des Armutsnetzwerk Oberösterreich, wo Arbeiterkammer, Gebietskrankenkasse und Katholische Kirche für den Erhalt des bisherigen Systems argumentieren. Sie warnen vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung.

Dabei wurden in Staaten, in denen tiefgreifende Reformen bereits stattfanden, die sozialen Probleme eher gelöst als verschärft. In Schweden etwa ist die Wohlfahrt seit einer Krise in den 90er-Jahren gänzlich anders organisiert. „Arbeit soll sich lohnen", war das Motto der gelb-blauen Reformen. Wer arbeitslos ist, erhält nun weniger finanzielle Unterstützung, die verschiedenen Sozialversicherungen wurden in eine einzige überführt. Selbst die schwedischen Sozialdemokraten, die wahrscheinlich am Wochenende bei den Wahlen gewinnen werden, wollen die Privatisierung sozialer Dienstleistungen nicht rückgängig machen.

Erfolgreich verlief auch die schwedische Rentenreform: Ein Regelpensionsalter wurde abgeschafft, es gibt nur ein Mindestpensionsalter, man kann auch ab diesem in Teilrente gehen. Über ein Bonus-Malus-System konnte das tatsächliche Pensionsantrittsalter auf den EU-Rekord von 64,6 Jahren angehoben werden.

Für Marin spielt auch eine Rolle, dass bei der Reform des Pensionskontos in Schweden ein „heilsamer Schock" stattfand. Bei uns, wo zwar die Pensionsversicherungsanstalt nun erste Konteninformationen zustellt, Politiker aber immer von sicheren Pensionen sprechen, gäbe es keinerlei Schrecken – und damit auch kein Ende. Nur ein „chronisches Enttäuschungsproblem für die Bürger und ein Popularitätsproblem für die Politik".

Dabei wäre ein erster Schritt, aus diesem Schlamassel zu kommen, sich einzugestehen, dass nicht alles so weiterlaufen kann, wie bisher. Und dann gezielt zu handeln. ▮



BERND MARIN leitet seit 1988 das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

FOTO: IAN EHM

SYMPOSIUM

Zukunftsdebatten zum Geburtstag

Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien, das Staaten berät und Modelle erarbeitet, wurde vor 40 Jahren gegründet.

Dass das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung seinen Sitz in Wien hat, ist Bruno Kreisky zu verdanken. Der SPÖ-Kanzler wollte Österreichs Hauptstadt als UN-Standort neben New York und Genf verankern und setzte sich auch dafür ein, dass 1974 das Europäische Zentrum hier angesiedelt wurde.

40 Jahre später ist das Institut, das gleichzeitig als kleine, fachübergreifende UN-Schwester und als unabhängiger Thinktank gesehen wird, längst zu einer europäischen Größe geworden: Es beobachtet und analysiert die Wohlfahrtspolitik in den 56 Staaten der UNO-Europa-Region, berät Regierungen und versucht, Modelle zu finden, wie ein Sozialstaat der Zukunft aussehen und vor allem auch umgesetzt werden könnte. Finanziert wird es nur zu acht Prozent mit Mitteln aus Österreich, der Rest stammt aus Fixzahlungen von Staaten und aus international geförderten Projekten. Aus den vier Personen beim Start ist ein rund 40-köpfiges Team geworden – zwischen 20 und 94 Jahre alt. „Wir praktizieren auch, was wir fordern", meint Direktor Bernd Marin augenzwinkernd.

Das 40-Jahre-Jubiläum wird kommende Woche in Wien mit einem Symposium gefeiert. Bei dem Treffen werden nicht nur zahlreiche bedeutende Sozialwissenschaftler ihre neuesten Erkenntnisse ausführen und diskutieren. Es haben sich auch viele europäische Minister und Ex-Politiker als Gäste angemeldet.

Mittendrin ist natürlich Marin, denn der gebürtige Wiener leitet den Thinktank bereits seit 1988, sein Vertrag läuft bis 2018. Der Professor (Jahrgang 1948) steht nicht gern als Person im Mittelpunkt. Ihm, der über 20 Bücher und viele Hunderte Artikel und wissenschaftliche Aufsätze geschrieben hat, geht es um die Inhalte: Darum, dass die Zeitspanne, in der wir erwerbstätig sind und nicht von staatlicher Unterstützung leben, zu kurz ist. Dass das System zu kippen droht. Marin ist ein Mahner und Warner, und das seit vielen Jahren. Er hat zu jedem Beispiel zig Zahlen im Kopf, immer und immer wieder weist er auf Privilegien und auf Ungleichheiten hin – und macht sich so nicht nur Freunde. Seine Expertise ist auch bei den österreichischen Politikern gefragt, auch wenn nur wenige der Ideen gleich umgesetzt werden.

SERIE

Essay

Wohlfahrt im Europa des 21. Jahrhunderts

Über 140 Jahre nach Bismarck muss sich der Sozialstaat als Wohlfahrtsgesellschaft neu erfinden – und zuerst einmal die Massenerwerbslosigkeit eindämmen.

Von Bernd Marin

Zu den großen Problemen in Europa heute gehört die Wiederkehr der alten „sozialen Fragen" des 19. und 20. Jahrhunderts: Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit, Analphabetismus und Ausgrenzung. Hinzu kommen völlig neue, höchst widersprüchliche Formen „alter" Probleme: Massenarbeitslosigkeit in Hochbeschäftigungswirtschaften, hundertmillionenfache Inaktivität in Hochleistungsgesellschaften, Verelendung inmitten von Überfluss, massenhafte Delogierungen überschuldeter Hauseigentümer neben Mieterschutz für Besitzlose, Reichtums-, Gagen- und Oligarchisierungsexzesse, Polarisierungen, Aushöhlung der Mittelschichten und Nivellierungstendenzen nach unten. Zugleich sehen wir aber auch beachtliche Erfolge an Transparenz, Gleichbehandlung und Demokratisierung sowie Zuwächse an Wohlstand und Wohlfahrt.

Das alles wird verstärkt durch die größten Bevölkerungsumwälzungen seit Jahrtausenden: Völkerwanderungen, explosives Wachstum einerseits neben schrumpfenden Bevölkerungen andererseits, kriegstreibende „Youth Bulges" („Jugendüberschüsse"), Langlebigkeit neben Verjüngung und rascher Alterung.

Misere: 127 Millionen EU-Europäer sind ohne Arbeit.

Der Kern aller Miseren ist die hohe Zahl an Arbeits- und Erwerbslosen. Allein in der Europäischen Union sind fast 27 Millionen Menschen arbeitslos (auf der Suche nach Arbeit) und 100 Millionen erwerbslos (inaktiv im Erwerbsalter, nicht auf Arbeitssuche). Die Arbeitslosenquote ist seit 2008 wieder zweistellig, die Jugendarbeitslosigkeit mit derzeit 23 Prozent (in Spanien 53 Prozent, in Griechenland 57 Prozent) katastrophal hoch. Wenngleich oft überzeichnet, gibt es hier eine verlorene Generation, vorab in Südeuropa und in Frankreich. Und obschon es Ende 2007 bis März 2009 fast so aussah: Zurück in der Großen Depression der 1930er-Jahre sind wir nicht.

Anders als 1929 bis 1932 konnte der freie Fall von Produktionsrückgang und Wertvernichtung nach etwa 520 Tagen durch Krisenmanagement gestoppt werden. Das bedeutet etwa bei börsennotiertem Betriebsvermögen „nur" 120 Prozent an Wiederaufbaubedarf – 1933 lag dieser Wert nach 1039 Tagen bei 900 Prozent. Statt wie damals 25 „verlorene Jahre" haben wir diesmal sechs Jahre bis zur Wiederherstellung des Vorkrisenniveaus gebraucht. Aber wir erleben erstmals Massenarbeitslosigkeit bei *gleichzeitig* höchsten Beschäftigungsniveaus und hoher sozialer Sicherheit.

BERND MARIN leitet seit 1988 das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.

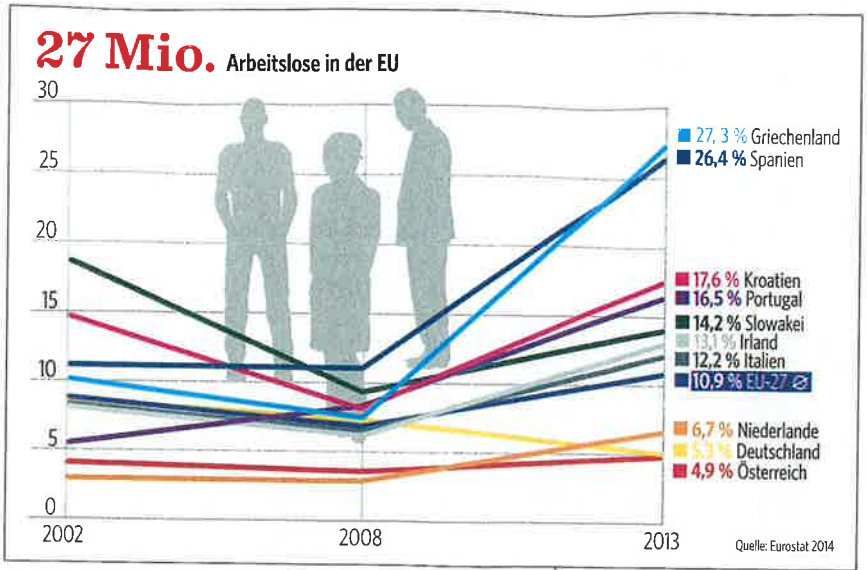
Im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise von 1930 gibt es nur wenige „Ausgesteuerte", Arbeitslose ohne jede Sozialhilfe, und keine völlig mittellosen Familien. Es gibt zugleich mehr Arbeitslose *und* sehr viel mehr Beschäftigte als selbst in den Trente Glorieuses, den „goldenen Zeiten" von Wiederaufbau und Vollbeschäftigung nach dem Krieg bis 1973. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sind eben *keine* kommunizierenden Gefäße, wie die simplifizierte Kuchentheorie der Arbeit unterstellt.

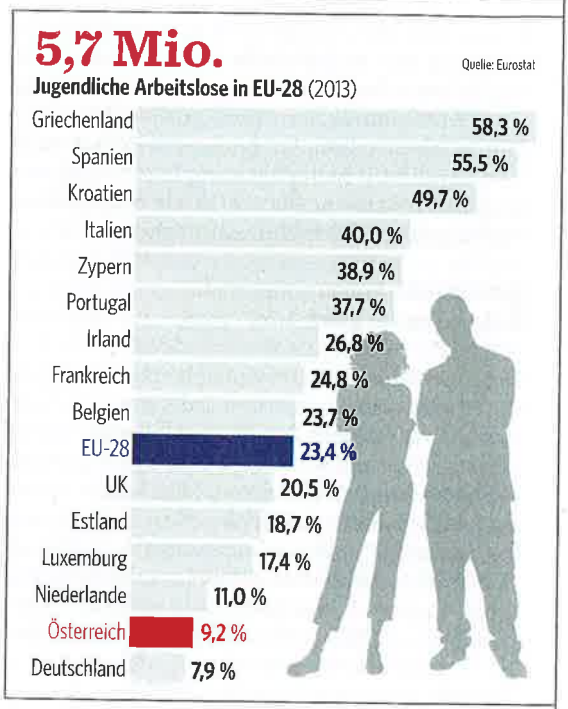
Jugend ohne Job: Entsteht hier eine Generation „low future"?

Der Arbeitsmarkt ist das Feld aller entscheidenden Schlachten. Ohne drastisch weniger Arbeitslosigkeit sind Wohlstand und innerer Friede in Gefahr. Gleichzeitig machen Alarmismen die Lage noch schlechter. Am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit: Sie ist fraglos katastrophal, aber Katastrophen zu übertreiben, senkt in Folge nur die Sensitivität und Solidarität.

Der Unterschied zwischen Eurostats Unemployment Ratio (Arbeitslosigkeit gemessen an der Gesamtbevölkerung) und herkömmlicher Unemployment Rate (gemessen an der Erwerbsbevölkerung) hilft weiter: die Ratio lag EU-weit 2013 bei 9,7 Prozent, die Rate bei 23,2 Prozent. In Griechenland waren der Ratio zufolge 16,1 statt 57,9 Prozent (Rate) arbeitslos, in Spanien 20,6 statt 55,2 Prozent.

Schlimm genug, aber doch Welten auseinander. Denn demnach sucht nicht einer von vier Jugendlichen Arbeit, ohne sie zu finden, sondern nicht einmal jeder Zehnte. 12,6 Prozent der





KRISENSCHMERZ. Im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise sind die Arbeitslosenraten (Grafik oben) in Europa rasant gestiegen – und damit die verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Folgekosten. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit (Grafik links) bereitet Kopfzerbrechen.

15- bis 24-Jährigen sind weder in Arbeit noch in Ausbildung, Training oder Studium (sogenannte NEETs). Aber nicht alle von ihnen suchen Arbeit, sondern oft Wander- statt Lehrjahre. Höhere Bildung ist keine Jobgarantie in schwachen Volkswirtschaften: Länder mit vielen Uniabsolventen im Alter 25 bis 34 (Frankreich: 43 Prozent, Spanien: 39 Prozent, Griechenland: 31Prozent) haben eine vielfach höhere Jugendarbeitslosigkeit als Länder wie Deutschland (25 Prozent).

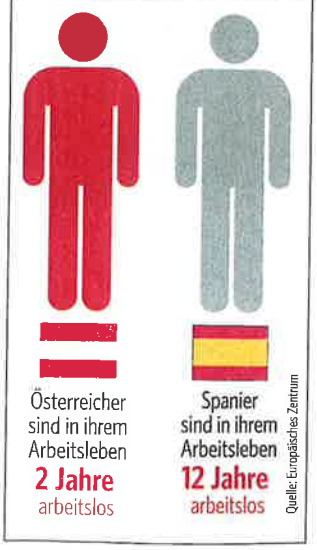
Unterschiedliche Arbeitslosigkeiten.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur sehr unterschiedlich hoch, dieselbe Arbeitslosenrate bedeutet auch etwas völlig anderes je nach Land oder Region. Wichtiger als die Quote ist der Anteil Langzeitarbeitsloser an Jobsuchenden, der extrem variiert – nach Ländern, Sektoren oder Qualifikationen. Die Dynamik am Arbeitsmarkt entscheidet: Jahrzehntelang war die Wahrscheinlichkeit, unfreiwillig arbeitslos zu werden, in Österreich zwar deutlich höher als etwa in Deutschland, aber die gesamte Arbeitslosigkeit war stets viel niedriger.

Die Arbeitssuche dauerte mit 90 Tagen weniger als halb so lang wie beim deutschen Nachbarn und nur einen Bruchteil der Zeit von Italien, Frankreich und Belgien. Dort ist Arbeitslosigkeit zwar viel seltener, dauert aber regelmäßig gleich existenziell bedrohliche 14 oder mehr Monate. Was Österreicher also nur kurz tangiert, ist in Südeuropa und Frankreich immergleich Einstieg in den Langzeit-Ausstieg.

Bei Menschen über 55 Jahren kollabiert der Arbeitsmarkt bei uns allerdings völlig. Man wird zwar viel seltener gefeuert – aber wenn, dann mit härteren Folgen, denn die Wiedereinstellungschancen sinken rascher als die Kündigungswahrscheinlichkeit. Zumindest einvernehmliche Vertragsauflösungen und Selbstkündigungen sollten daher bei Menschen über 50 erschwert werden, um vorzeitigen Ausstieg zu verhindern. Entscheidend ist auch, ob die temporäre Jobsuche meist nur einzelne Familienmitglieder trifft oder ob Jugendliche ihre beiden Eltern kaum je in regulärer Beschäftigung sahen – also der Unterschied zwischen Wien und Palermo oder Marseille.

VERGLEICH. Dass jemand arbeitslos wird, hat nicht in jedem Land die gleichen Folgen. Während Österreicher im Durchschnitt, wenn überhaupt, immer nur kurz arbeitslos sind, sieht das etwa in Spanien anders aus. Dafür gelten Österreicher viel mehr Jahre als berufsunfähig.

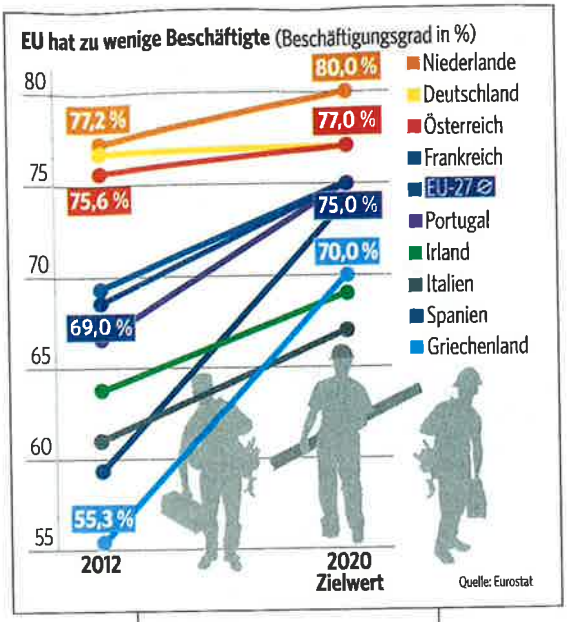


Längst nicht mehr leistbar: massenhafte Erwerbslosigkeit.

Von der Zahl Betroffener, den Belastungen, Kosten und Langzeitschäden her ist Erwerbslosigkeit noch schlimmer als Arbeitslosigkeit: Auf jeden der zig Millionen Arbeitslosen kommen in der EU vier Erwerbslose. Inaktive im besten Erwerbsalter, besser ausgebildet und beruflich qualifiziert als je zuvor, überwiegend gesund oder gesünder als gleichaltrige Vorfahren.

Massenerwerbslosigkeit ist nicht nachhaltig finanzierbar. Die Ausgaben für Berufsunfähigkeit allein sind zwei bis drei Mal höher als die für Arbeitslose. In Österreich sind wir 13 bis 18 Jahre im Arbeitsleben ohne Arbeit, fast fünf Jahre am Arbeitsmarkt als Versorgungsempfänger statt als Beitragszahler, durchschnittlich fast zwei (in Spanien: zwölf) Jahre arbeitslos, 9,8 bis 12,6 Jahre in Invalidität, im Mittel 3,9 Jahre berufsunfähig. Erwerbslosigkeit kulminiert in zig Millionen Frühpensionisten ab 50, wo auf jede einzelnen Arbeitslosen sogar noch mehrere Dutzend Inaktive kommen.

In Österreich ist Invalidität die wichtigste Ursache der Frühverrentung. Sie senkt das Pensionsantrittsalter um vier Jahre. Bei den Bauern etwa gehen nur noch fünf Prozent in reguläre Alterspension, 24 Prozent gehen vorzeitig und 71 Prozent als Invalide in den Ruhestand. Die Früh- >



EU 2020.
Die Europäische Union hat sich für 2020 sehr bescheidene Beschäftigungsziele gesetzt. Die Zahl der Menschen, die überhaupt für Beschäftigung in Frage kommen, soll steigen. Im Durchschnitt soll der EU-Beschäftigungsgrad 2020 75 Prozent erreichen.

> pension ist eine Ausnahme bei der Erwerbslosigkeit, weil sie – im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit, die meist unfreiwillig ist und unglücklich macht – häufig gewünscht wird. Sie ist zwar gesellschaftlich nicht leistbar und objektiv auch für die Nutznießer oft nachteilig, aber begehrt und umstritten: Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte – heftig attackiert – es gäbe „kein Recht auf Faulheit", aber diese „Präferenz für Freizeit" ist empirisch unbestreitbar und wird, selbst auf Kosten Dritter, überraschend leicht akzeptiert.

Weder „Recht auf Faulheit" noch „Pflicht zur Arbeit"?

Sicher gibt es in einer freien Gesellschaft keine Pflicht zur Arbeit – außer im Gegenzug für ein Recht auf Arbeit oder Arbeitslosengeld als Ersatzeinkommen bei Verlust der Beschäftigung. Ebenso wenig gibt es aber ein Recht auf bezahlte Freizeit – außer jenes auf Rente, Karenz, Urlaub, Krankenstand usw. für Erwerbstätige. Die Leistungen gelten nur strikt beitragsgerecht, nach Maßgabe geleisteter Sozialversicherungsbeiträge - oder bei akuter Notlage und Bedürftigkeit. Beide Grundsätze der Wohlfahrt werden aber nicht nur bei uns massiv verletzt.

Wie viel Erwerbslosigkeit hält eine Wohlfahrtsgesellschaft aus? Sicher nicht das gegenwärtige Ausmaß an Untätigkeit, die William Henry Beveridge, der Begründer moderner Wohlfahrt, vor 70 Jahren neben Ignoranz, Elend, Not und Krankheit zu den fünf großen sozialen Übeln zählte. Seither ist Europa ein gelähmter Kontinent alimentierter Inaktivität geworden, wo eine große Mehrheit nicht mehr arbeitet und die meisten Erwachsenen Jahrzehnte lang als abhängige Versorgungsempfänger gegenüber den stolzen Arbeiter- und produktiven Erwerbsklassen dominieren. Mit allen Begleiterscheinungen meist unfreiwilligen Müßiggangs. Dazu kommt oft die weitere Vorherrschaft unbezahlter gegenüber bezahlter Arbeit, von informeller Haushalts- oder Schwarzmarktproduktion gegenüber der Marktproduktion.

Volkskrankheit Berufsunfähigkeit.

Die Berufsunfähigkeit ist die wichtigste Form der Erwerbslosigkeit, ausgerechnet in den reichsten Ländern weltweit, in Gesellschaften mit den besten (oder teuersten) Gesundheits- und Wohlfahrtssystemen: Zig Millionen kaputte Körper oder kranke Seelen kosten das Zweieinhalbfache der Massenarbeitslosigkeit auf ihrem Höhepunkt. Paradoxerweise erhält die Mehrheit schwer behinderter Menschen keine Unterstützung, während jeder dritte Leistungsempfänger sich selbst nicht als gesundheitlich beeinträchtigt sieht.

Schuldzuweisungen von Sozialbetrug und Missbrauch greifen aber ebenso zu kurz wie der Sozialkitsch vermeintlich unerträglichen Arbeitsleids, steigender Ausbeutung und Stresselends von Burn-out bis Mobbing. Die pandemischen Ausmaße der Volkskrankheit Invalidität bedürfen komplexer Analysen und differenzierter Politik. Beide hinken dem Problemdruck Jahrzehnte hinterher.

Werden die Armen ärmer, und ist arm immer gleich arm?

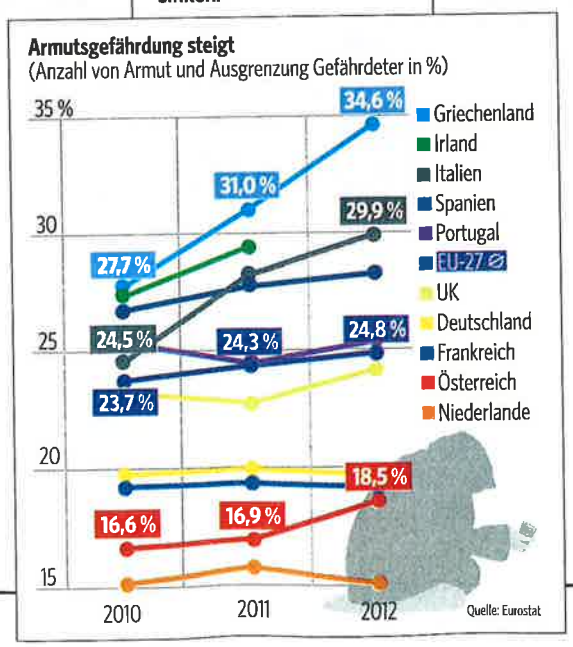
Die Reichen werden tatsächlich ständig reicher, die Armen aber nicht ärmer, jedoch mehr – und sie fallen gegenüber den Mittelschichten weiter zurück. Während sich bei Armut und Reichtum reale Lebenslagen radikal verändert haben, ist das subjektive Elend von beschämender Entbehrung und fehlender Teilhabechancen gleich geblieben.

Natürlich sind heute Arme in reichen Gesellschaften meist besser gestellt als vor einer Generation oder als Mittelständler in armen Gegenden. US-Unterschichtskinder haben eine (chinesische) Spielzeugwelt verfügbar, von der selbst die Königskinder ihrer (Groß-)Eltern-Generation nicht einmal träumen konnten, und doch fehlt es häufig sogar an der Erziehung zur Bewältigung sozialer Mindestanforderungen.

Das relativiert nicht die bestehende Armut. Die vorherrschenden Konzepte sind ja, durchaus sinnvoll, relativ: Armut wird über den Median des Nettoäquivalenzeinkommens und nicht durch Absolutbeträge oder objektive Deprivation definiert.

Nicht nur deshalb gibt es viele Paradoxien: So ist etwa fast jeder dritte Deutsche einmal im Leben vorübergehend unter der Armutsschwelle, etwa in der Zeit zwischen Lehre oder Studium und Berufsbeginn. Doch nur ein bis drei Prozent sind jahrelang oder gar dauerhaft, ja über Generationen vererbt arm. Rund 40 Prozent alle Armen sind weniger als ein Jahr betroffen. Es gibt große Unterschiede

ARMUTSGEFAHR. Seit 2010 hat sich der Anteil jener Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, deutlich erhöht. Besonders betroffen sind Griechenland und Italien. Bis 2020 soll der Anteil im EU- Schnitt jedoch auf 20 Prozent sinken.



zwischen harter Armut und Armutsgefährdung, zwischen überwiegend Kinder- oder Altersarmut.

Während etwa im reichsten der neuen EU-Mitgliedsländer, Zypern, die Mehrheit der Alten unter der Armutsgrenze lebt, aber nur neun Prozent objektiv „materiell depriviert" sind, sind dies in Rumänien 34 und Bulgarien sogar 58 Prozent, bei „nur" 20 bis 40 Prozent relativem Armutsrisiko. Die Wohnungsdeprivation der Älteren ist meist deutlich geringer als im Rest der Bevölkerung, und das relative Armutsrisiko ist im reichen Westeuropa weit höher als im ärmeren Zentral- und Osteuropa – mit Ausnahme der hochbetagten Frauen.

Wir sind alle Sozialrentiers geworden. Wie kann man das langfristig finanzieren?

In Österreich ist die weit verbreitete Altersarmut der Nachkriegszeit beachtlichem Wohlstand im Ruhestand gewichen: Wer aus der Generation mit 1.000 Schilling (70 Euro) Monatseinkommen hätte jemals von einer Durchschnittspension von 9,5 Millionen Schilling (690.000 Euro) für ein Pensionistenpaar auch nur zu träumen gewagt?

Wir sind fast alle Sozialrentiers geworden: bescheiden, aber über Jahrzehnte alimentiert wie früher nur Besitzende. Mit Ausnahme der paar reichsten Prozent der Bevölkerung sind Pensionen der bei Weitem wichtigste Vermögenstitel für alle. Die Umverteilungen zwischen Altersgruppen verliefen in den vergangenen Jahrzehnten immer hin zu den Generation 60 plus, die Schieflage zwischen Jahrgängen hat sich verstärkt. Und doch ist die relative Armutsgefährdung im Alter in Österreich noch über dem Bevölkerungsschnitt – und sie droht sich zu verschlimmern. Heute sind 200.000 von 2,3 Millionen Pensionisten armutsgefährdet, im Jahr 2030 ist das für eine von drei Millionen Pensionisten absehbar – sofern sich das Vorruhestandsverhalten nicht rasch ändert.

Wir leben länger. Wir altern anders.

Die Langlebigkeit, der seit rund 200 Jahren ununterbrochene, in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesene Zugewinn an gesunder Lebenserwartung, gehört zu den erfreulichsten Errungenschaften der Moderne. Doch es ist nicht klar, ob unsere Gesellschaften überhaupt altern. Langlebigkeit und Alterung hängen zusammen, unterscheiden sich aber: Wiener werden immer älter, doch während Österreich altert, verjüngt sich Wien seit Jahrzehnten – durch Zuwanderung.

Der Demograph Sergei Scherbov hat um das Konzept des „prospektiven Alters" bahnbrechend neue, dynamische Altersdefinitionen und -maße entwickelt, die veränderte Gesundheit, Sterblichkeit, Überlebenswahrscheinlichkeiten, kognitive und Arbeitsfähigkeit sowie Lebenslaufmuster berücksichtigen. Damit erweisen sich herkömmliche, chronologische Altersmaße als irreführend.

Frankreich, England und Österreich „altern" seit Jahrhunderten, wenn man das traditionell am Anteil aller über 65 an der Bevölkerung misst. Versteht man hingegen als „Alte" jene, die nur noch 15 Jahre oder weniger zu leben haben, so verjüngen sich alle Länder seit Langem.

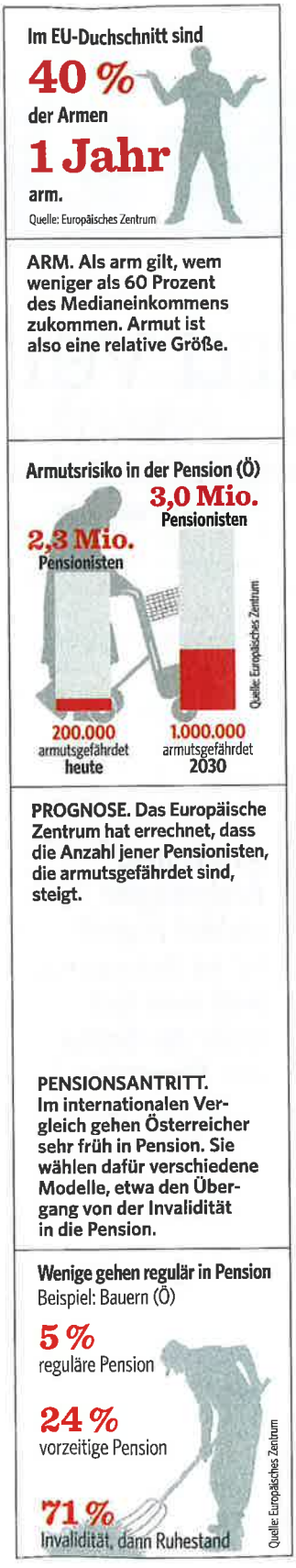
Die Relativitätstheorie von Alter und Altern ist eine wissenschaftliche Revolution, die bisher weder alle Ökonomen noch gar die Politik erreicht hat. Dabei ist die Intuition dahinter ganz einfach: „Jung" und „alt" sind weder unabhängig von Raum und Zeit noch von Konzepten und objektiven Messmethoden des Alters noch von subjektiven Wahrnehmungen.

Frauen sind aufgrund höherer Lebenserwartung immer und überall, damit aber auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, jünger als gleichaltrige Männer; in Russland und der Ukraine bis über ein Jahrzehnt jünger als die Männer gleichen Alters, zugleich aber ein Jahrzehnt früher „alt" als Frauen in Frankreich, der Schweiz, Zypern und Israel.

Mick Jagger ist mit 71 objektiv bedeutend „jünger" als es Goethe mit 50 („Weimar grüßt den ehrwürdigen Greis") oder Mozart mit 35 Jahren waren. Der starb jung, aber jenseits der Lebenserwartung bei seiner Geburt von unter 30 Jahren. Meine Großmutter hatte bei ihrer Geburt eine Lebenserwartung von 46 Jahren, so viele Jahre, wie sie heute eine 38- bis 40-Jährige noch vor sich hat.

Der Pensionsantritt mit 62 bis 66 zu Kreiskys Zeiten entspräche einem heutigen Pensionsalter von 70 bis 74 Jahren statt der gängigen 58. Daher sagen wir formelhaft: „40 ist das neue 30" des Jahres 1956, „73 das neue 65" der 1970er-Jahre. Wer diese „Altersinflation", den Unterschied von nominalem und realem Alter, als Stadium im Lebenszyklus nicht begreift, versteht Altern überhaupt nicht.

Diese wissenschaftlichen Innovationen haben große praktischen Folgen: Denn wer Wertsicherung durch Preisgleitklauseln und Indexierung aller Vereinbarungen von Mieten über Kollektivverträge für Löhne und Gehälter bis zu Pensionen – zu Recht – für selbstverständlich nimmt, aber diesen Automatismus bei der kalten Progression der Steuergeldentwertung oder der Altersinflation zum Rentenantritt ablehnt, hat arge Argumentationsnöte.



„Vieles wird verschleiert“

Der bekannte Ökonom Dennis Snower schlägt vor, den Bürgern mittels Konten einen besseren Bezug zu den Einnahmen und den Ausgaben des Staates zu ermöglichen.

Von Miriam Koch

FORMAT: Herr Professor, wie stark steht aus Ihrer Sicht unser Wohlfahrtsstaat unter Druck?
Dennis Snower: Der Druck ist viel größer, als die meisten das wahrnehmen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Konkurrenz zu den Schwellenländern unglaublich wächst. Diese Länder investieren sehr stark in Infrastruktur und in Humankapital. Da es immer einfacher wird, die Produktion in andere Teile der Welt zu verlagern, muss der Wohlfahrtsstaat hier eine Wettbewerbsfähigkeit erlauben, sonst sind die Chancen, dass man da besteht, mittelfristig sehr schlecht. Dazu kommt, was ebenfalls sehr schlecht ist, dass sich der Staat zunehmend von den Bürgern entfernt hat – von ihren Bedürfnissen und Entscheidungen.

Aber wo beginnt man dann mit Änderungen?
Ich meine, man könnte zwei Dinge zugleich machen: Den Staat näher an die Bürger bringen und zur gleichen Zeit die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Das würde gelingen, indem man den Individuen wieder die Möglichkeit gibt, über wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen zu entscheiden, und zur gleichen Zeit nur die Menschen, die es brauchen, unterstützt.

Aber wie soll dieser Prozess vonstatten gehen? Vom derzeitigen System profitieren viele – während die, denen ein neues nützen würde, oft noch gar nicht geboren sind und damit keine Stimme und keine Macht haben.
Es sind zwei Gruppen, die vom derzeitigen Wohlfahrtsstaat-Modell benachteiligt werden: Zum einen die, die wirklich benachteiligt sind – sie bekommen zu wenig Unterstützung. Denn die Haupteinnahmen und -ausgaben gehen von der linken Tasche der Mittelschicht in die rechte Tasche der Mittelschicht, ohne dass in den Köpfen der Beteiligten ein Zusammenhang hergestellt wird. Sie zahlen viele Steuern, ohne dass ihnen das bewusst ist und sie dafür Förderungen, Unterstützungen und Fürsorge erhalten. Daher haben die Leute extrem ineffiziente Anreize, ihre Art, zu leben, zu ändern, weil sie nicht wissen, dass, wenn sie wohlfahrtsstaatliche Ausgaben erzeugen, auch die Steuern damit beeinflusst werden. Und die zweite Gruppe sind eben die, die noch nicht am Leben sind und daher nicht am Verhandlungstisch sein können. Ein Kontensystem würde beides beheben. Schon wenn man die derzeit gültigen Systeme genau so erhält, wie sie jetzt sind, aber sie einfach als Konten uminterpretiert, dann würde einem sehr viel auffallen, was jetzt verschleiert bleibt. Und dadurch würde sich auch das soziale Bewusstsein ändern.

„Wenn man Änderungen radikal angeht, ist es chancenlos, weil man sich nicht die Größe des Wandels vorstellen kann.“
Dennis Snower Ökonom

Also sind Sie für weniger Umverteilung?
Weniger Beiträge und Ausgaben für die Mittelklasse, dafür mehr Umverteilung zugunsten derer die in der Gesellschaft wirklich benachteiligt sind. Da würde jeder Einsicht haben. Und wo immer möglich, sollte es Hilfe zur Selbsthilfe, die Mög lichkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen geben. Dann würden wir als Gesellschaft am besten dastehen.

Sie schlagen verschiedene Konten vor. Wenn ich krank werden, würde das von meinem Gesundheitskonto abgebucht werden? Könnte ich mir dann die Behandlungen noch leisten, wenn ich eine chronische Krankheit bekomme?

SOZIALSTAAT WOHIN?

Zur Person. Dennis Snower ist seit 2004 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und zählt zu den profiliertesten Ökonomen Deutschlands. Der 63-jährige amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, der in Wien geboren wurde, hat revolutionäre und radikal liberale Ideen, um den Wohlfahrtsstaat zu reformieren – sein Ausgangspunkt ist ein Kontosystem. Snower war vor 30 Jahren Erfinder der „Insider-Outsider-Theorie" des Arbeitsmarkts, die eine Erklärung liefert, weshalb sinkende Löhne nicht zu einer Vollbeschäftigung führen würden.

Das, was vom Gesundheitskonto abgebucht wird, sind nicht die Kosten ihrer Gesundheit, sondern Versicherungsprämien. Diejenigen, die sich wenig leisten können, deren Konten müssten subventioniert werden, etwa von Steuern aus den Konten der Reichen.

Wenn es nur noch das Pensionskonto gäbe, hätte das nicht eine Abschaffung des staatlichen Pensionsalters zur Folge?
Keine Sorge. Die Möglichkeiten, die die Bürger jetzt haben, würden erhalten bleiben. Sie können weiterhin zum jetzigen Pensionsalter in Pension gehen. Aber wenn sie länger arbeiten wollen, dann würde das ihnen auf dem Konto gutgerechnet, und sie könnten später mehr bekommen. Das ist einfach eine Erweiterung der Möglichkeiten.

Wenn sich alles um die eigenen Konten dreht, wie sollten dann Beamte, Lehrer, Richter, Politiker oder Polizisten bezahlt werden?
Ich glaube, wenn man das radikal angeht, dann ist es chancenlos, weil man sich nicht die Größe des Wandels vorstellen kann. Daher schlage ich vor, dass wir es so unradikal und so konservativ wie möglich gestalten. Gut kann man es sich beim Arbeitslosengeld vorstellen. Alles bleibt, wie es ist, aber jeder sieht sein Konto, auf das die Beiträge fließen, die er einzahlt und womit sein Arbeitslosengeld finanziert wird. Im derzeitigen System werden die vielen Leute, die das Glück haben, nie oder nur kurz arbeitslos zu sein, am Ende ihres werktätigen Lebens zur Gänze „enteignet". Mein Vorschlag wäre, dass es keine hundertprozentige Enteignung gibt, sondern nur eine partielle, eben, dass man etwas davon zurück bekommt. Dadurch würden genügend Anreize kommen, das System effizienter zu machen, weil man ja etwas zurückbekommen möchte.

Das klingt so einfach, aber irgendwie unrealistisch.
Das jetzige System beschränkt die Leute in ihrer Entscheidungsfreiheit. Und wenn man das lösen könnte und ihnen einfach mehr Entscheidungsfreiheit geben würde ohne ihre jetzigen Optionen einzuengen, dann würde es jedem auffallen, dass das besser ist.

MODELL

Vier Konten als Reformbasis

Auf vier Wahrheiten müsse eine Reform des Wohlfahrtsstaat beruhen: Bedürftige gehören unterstützt, Wohlstand gründet sich auf Arbeit, wie viel man arbeitet, hängt von den Anreizen ab, und es ist töricht, Sozialleistungen über ein Kontrollsystem sowjetischen Vorbilds zu verteilen, so Snower. Er schlägt vor, das jetzige Steuer- und Transfersystem durch ein Sozialkontosystem zu ersetzen.

Jeder Erwachsene erhält in dem Modell vier Konten: ein Rentenkonto, ein Arbeitslosigkeitskonto, ein Fähigkeitskonto (für Umschulungen) sowie ein Gesundheitskonto.

Anstatt Abgaben zur Finanzierung des Sozialstaats zu bezahlen, würden arbeitende Menschen auf die vier Konten Beiträge einzahlen. Der Mindestbeitrag und der Entnahmehöchstbetrag wären abhängig von Alter und Einkommen. Wer wenig verdient, bekommt Überweisungen vom Staat, ab einer bestimmten Höhe würden Steuern fällig. Sozialleistungen würden von Staat und Privatsektor bereitgestellt – der Kontoinhaber hätte die freie Wahl.

Welches Wohlfahrtsmodell halten Sie für das beste?
Es gibt viele Elemente in den verschiedenen Ländern, die sich in gute Richtungen bewegt haben. Etwa in Bezug auf Beschäftigung hat sich viel in Österreich getan, was durchaus nachahmbar ist. In Bezug auf das Gesundheitswesen haben Großbritannien und Schweden interessante Elemente. Bei den Pensionen geht es fast überall in Europa Richtung Konten. Das Wichtige ist, dass die Bürger einen besseren Bezug zu der Beziehung zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates bekommen.

Wenn wir unseren Wohlfahrtsstaat reformieren wollen und zudem unter hoher Arbeitslosenquote leiden, was sollen wir tun? Wo fangen wir an? Oder sind Sie optimistisch, was die wirtschaftlichen Aussichten für Europa anbelangt?
Das ist sehr schwer zu sagen. Es hat bis jetzt extrem lange gedauert, dass wir die 2008er-Krise überwunden haben, und viele Länder wie Spanien stecken noch immer in der wirtschaftlichen Krise. Meiner Ansicht nach wird die westliche Welt in nächster Zeit nicht so stark wachsen wie vorher, weil Konsum, Investitionen und Staatsausgaben durch das Budget beengt sind.

Sind Sie noch ab und zu in Österreich, abgesehen von Symposien? Wie hat es sich ergeben, dass Sie als US-Staatsbürger in Wien aufwuchsen?
Ganz einfach: Meine Mutter war Österreicherin, mein Vater Amerikaner, und meine Eltern sind von Amerika nach Wien zurückgekehrt. Ich ging in eine amerikanische Schule, deshalb hatte ich nicht so einen engen Bezug zum deutschsprachigen Raum, bis ich dann nach Kiel kam. Obwohl ich immer mehrmals pro Jahr in Österreich gewesen bin: Ich war am Institut für Höhere Studien beschäftigt, jetzt bin ich im wissenschaftlichen Beirat vom IHS und beim Wifo. Österreich habe ich immer sehr geschätzt, von dort komme ich, daher will ich immer wieder dorthin.